

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Inge Höger, Paul Schäfer (Köln), Jan van Aken, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Steffen Bockhahn, Christine Buchholz, Roland Claus, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Harald Koch, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Michael Leutert, Stefan Liebich, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Niema Movassat, Thomas Nord, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Dr. Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/200, 17/201, 17/613, 17/623, 17/624, 17/625 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010
(Haushaltsgesetz 2010)**

**hier: Einzelplan 14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Einzelplan 14 des Bundeshaushaltsentwurfs für das Haushaltsjahr 2010 steht für die Kontinuität einer kompromisslosen Auf- und Umrüstungspolitik der Bundeswehr zur Interventionsarmee seit den 90er-Jahren.

Der Verteidigungshaushaltsentwurf umfasst über 31 Mrd. Euro; gemäß NATO-Kriterien, sogar über 34 Mrd. Euro. Das entspricht einem Anteil von 11 Prozent am gesamten Bundeshaushaltsentwurf.

Die „verteidigungsinvestiven Ausgaben“ („Forschung, Entwicklung, Erprobung“, „Beschaffung“ und „sonstige Investitionen“) bleiben im Haushaltsjahr 2010 mit etwa 7,65 Mrd. Euro (7,62 Mrd. Euro in 2009) auf hohem Niveau trotz Wirtschafts- und Finanzkrise und der damit einhergehenden Belastung der öffentlichen Haushalte aufgrund der Steuerausfälle.

Die transatlantische Verbundenheit, institutionalisiert über die NATO, kostet die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in diesem Haushaltsjahr über 400 Mio. Euro.

Hinzu kommen 1,2 Mrd. Euro für die „Auslandseinsätze der Bundeswehr“, damit Deutschland seiner angeblich „gewachsenen Verantwortung in der internationalen Politik“ gerecht werden kann.

2. Der Entwurf des Einzelplans 14 ist eine Makulatur:

- Die Globale Minderausgabe in Höhe von 200 Mio. Euro wird nicht erläutert.
- Die Kosten für die Auslandseinsätze auf insgesamt 605 Mio. Euro zu beziffern, zeugt von unseriöser Haushaltsplanung. Bereits zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Einzelplans 14 standen die jeweiligen Ausgaben für die „Auslandseinsätze der Bundeswehr“, deren Mandate sich in das Haushaltsjahr 2010 erstrecken, der Bundesregierung zur Verfügung. Die Gesamtkosten betragen seinerzeit bereits 982 Mio. Euro. Hinzu kommen nun angesichts des neuen ISAF-Mandats zusätzliche 226 Mio. Euro. Damit liegen die Ausgaben für die Bundeswehrauslandseinsätze gemäß der in den Mandaten aufgeführten Soll-Kosten bei über 1,2 Mrd. Euro und somit das Doppelte dessen, was im Haushaltsplan veranschlagt wurde.
- Der Schützenpanzer Puma, der Eurofighter sowie der A400M stehen nicht nur für eine Absage an eine glaubwürdige Friedenspolitik. Sie stehen darüber hinaus auch für eine rüstungs- und haushaltspolitische Bankrotterklärung sämtlicher Bundesregierungen gegenüber der Rüstungsindustrie seitdem diese Beschaffungsprojekte in Auftrag gegeben worden sind. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler müssen nach gegenwärtigem Stand der Berechnungen über 40 Mrd. Euro für diese drei Waffensysteme zahlen – angefangen bei der Entwicklung und aufhörend mit der Beschaffung des letzten Produkts. Auf das Haushaltsjahr 2010 entfallen hierfür nahezu 1,7 Mrd. Euro. Die Alimentierung der volkswirtschaftlich unproduktiven Rüstungsindustrie ist nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.
- Die Bundesregierung ist im Haushaltsjahr 2010 Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 7,1 Mrd. Euro eingegangen. Hinzu kommen die Verpflichtungsermächtigungen aus den vergangenen Haushaltsjahren von 42,5 Mrd. Euro. Damit haben die Bundesregierung sowie ihre Vorgängerregierungen Gelder, die noch nicht einmal steuerlich erhoben sind, in Höhe von 50 Mrd. Euro für die nächsten Jahre bereits für militärische Maßnahmen vertraglich fest verplant. Auf diese Weise werden den Bürgerinnen und Bürgern ungeachtet der künftigen Steuereinnahmehöhe Finanzen entwendet, die für soziale und zivile ökonomische Projekte sinnvoller wären.

3. Aktive Friedenspolitik bedeutet nicht mehr, sondern weniger Waffen. Globale Herausforderungen können nur mit zivilen Instrumenten erfolgreich bearbeitet werden. Das Jahr 2008 war erneut ein Rekordjahr für weltweite militärische Ausgaben. Das Stockholmer Institut für Friedensforschung (SIPRI) errechnete für das Jahr 2008 globale Militärausgaben in Höhe von 1 056 Mrd. Euro (1 464 Mrd. US-Dollar) und somit eine Steigerung um 4 Prozent zum Vorjahr. Deutschland lag, laut SIPRI, im globalen Vergleich im Jahr 2008 an sechster Stelle. Zugleich belegte Deutschland im Zeitraum 2004 bis 2008 mit 10 Prozent der globalen Rüstungsexporte den dritten Platz nach den USA und Russland. Der Einzelplan 14 stellt eine friedens- und wirtschaftspolitische Fehlinvestition dar. Es gilt umzusteuern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die im Haushaltsplan 2010 vorgesehene Ausgaben des Einzelplans 14 deutlich zu reduzieren. Die Bundesregierung soll ein abrüstungs- und friedenspolitisches Signal aussenden, in dem sie den Einzelplan 14 um 4 Mrd. Euro (13 Prozent des Einzelplans 14 unter Berücksichtigung der Versorgungsausgaben) kürzt.

Die so möglichen Einsparungen sind in Konversions- sowie in entwicklungs-, sozial-, bildungs- und umweltpolitische Projekte zu investieren.

1. Es sind insbesondere die Beendigungen der Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Beendigungen der deutschen Beteiligungen an der NATO Response Force, an den EU-Battle Groups und an der Europäischen Verteidigungsagentur sowie die Abschaffung der Wehrpflicht friedens- und haushaltspolitisch von hoher Relevanz.
2. Es sind sämtliche Auslandseinsätze der Bundeswehr, insbesondere der ISAF-Einsatz in Afghanistan im Haushaltsjahr 2010 zu beenden und hierfür dem Deutschen Bundestag zeitnah eine neue Kostenkalkulation für die vollständige Rückverlegung der Bundeswehr vorzulegen.
3. Es sind die in den Kapiteln 14 16 und 14 20 aufgeführten Beschaffungs- und Entwicklungsmaßnahmen, die im Besonderen der interventions- und Kriegsführungsfähigkeit dienen, zu streichen,
 - a) insbesondere im Bereich der Luftwaffe
 - den sofortigen Abbruch der Produktion und Lieferung der zweiten Tranche des EF 2000 und damit die angesetzten Beschaffungs- und Entwicklungskosten für 2010 in Höhe von knapp 1,3 Mrd. Euro einzusparen sowie aus dem EF 2000 Projekt (einschließlich der Bewaffnungsmodule) in Gänze auszusteigen;
 - auf die Beschaffung des Militärtransporters A400M gänzlich zu verzichten und damit die anfallenden Kosten für das Haushaltsjahr 2010 in Höhe von 150 Mio. Euro (Beschaffung) sowie die derzeit unberechenbaren weiteren Beschaffungskosten von mindestens 9 Mrd. Euro einzusparen.
 - b) insbesondere im Bereich der Marine
 - auf die Beschaffung der Fregatte Kl. 125 gänzlich zu verzichten und aus dem Projekt sofort auszusteigen. Die damit verbundenen Einsparungen für das Haushaltsjahr 2010 betragen 150 Mio. Euro und ab 2011 nahezu 2 Mrd. Euro;
 - auf die Beschaffung des zweiten Loses (Stückzahl 1) des Einsatzgruppenversorgers Kl. 702 zu verzichten.
 - c) im Heer auf die Beschaffung und Entwicklung des Schützenpanzers Pumas zu verzichten und damit die Kosten in Höhe von über 112 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2010 sowie die verbleibenden Gesamtkosten einzusparen.
 - d) auf die deutsche Beteiligung an der Entwicklung und der Erprobung respektive auf die spätere Beschaffung des Waffensystems MEADS gänzlich zu verzichten und aus dem Projekt sofort auszusteigen.
 - e) die Investitionen in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Erprobung von Waffensystemen auf den Bereich der reinen Defensivwaffensysteme für die territorialgebundene Verteidigungskapazitäten einzuschränken.
4. Es ist ein zusätzlicher Haushaltsvermerk (Nummer 8) in Kapitel 14 12, Titelgruppe 01 – Titel 519 11 mit folgendem Wortlaut einzustellen: „In 2010 sind 18,3 Mio. Euro für die Kampfmittel- und Munitionsberäumung in der Kyritz-Ruppiner Heide vorgesehen.“

Berlin, den 15. März 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

